

Chronik

Wichtige Ereignisse für die Rentenversicherung

1854	Preußisches Knappschaftsgesetz
1873	Vereinheitlichung des deutschen Geld- und Währungssystems
1875	Preußische Bank als Zentralbank
1883	Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung
1884	Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung

1889/91 Einführung der gesetzlichen Invaliditäts- und Alterssicherung:

- Altersrente ab dem 70. Lebensjahr
- Einführung der Versicherungsanstalten

1891	Einführung der Selbstversicherung, Eintrittsmöglichkeit bis zum 40. Lebensjahr
1899	Ausdehnung der Versicherungspflicht auf bestimmte Angestellte Ermächtigung zur Einleitung von Heilverfahren

1911/13 Reichsversicherungsordnung (RVO):

Einführung der freiwilligen Zusatzversicherung

1911	Gründung der Angestelltenversicherung (Versicherungsgesetz für Angestellte – VGfA)
1912	Einführung Witwenrenten (nur für ArV, bei Invalidität der Witwe) Einführung Waisenrente (ArV bis 15., AnV bis 18. Lebensjahr) Einsatz einer Lochkartenmaschine der Deutschen Hollerith
1916	Einführung von Altersrenten ab dem 65. Lebensjahr
1919	Gründung des Verbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten (VDL)
1921- 23	Anpassung der Rentenversicherungsleistungen an die Inflation
1923	Reichsknappschaftsgesetz Knappschaftliche Invalidenpension wegen Berufsunfähigkeit (BU) ab dem 50. Lebensjahr
1924	Neufassung des Versicherungsgesetzes für Angestellte Abgrenzung des versicherungspflichtigen Personenkreises nach Berufsgruppen Invalidenversicherung: Übergang vom Anwartschaftsdeckungsverfahren zum modifizierten Umlageverfahren

- 1927 Witwenrente in der Invalidenversicherung ab dem 65. Lebensjahr
(ohne eigene Invalidität)
Arbeitslosenversicherungsgesetz
- 1929 Einführung der Rente an Arbeitslose (nur AnV ab 60. Lebensjahr)
- 1930/32 Weltwirtschaftskrise: Mehrfache Einschränkungen des
Leistungsrechtes
- 1933 Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsverfahren
Verstärkung der Reichshilfe und finanzielle Sanierung
- 1934 Organisation: Ablösung Selbstverwaltungsprinzip durch
Führerprinzip
Einsatz weiterentwickelter Lochkartenmaschine für Statistik und
Rentenzahlverfahren
- 1938 Versicherungspflicht für Handwerker in der Angestellten-
Versicherung
Beitritt der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zum VDL
Wahlmöglichkeit zwischen Pflichtversicherung und gleichwertiger
privater Lebensversicherung für Angestellte
- 1941/42 Einführung der Krankenversicherung der Rentner
Ablösung des Beitragsmarkenverfahrens durch das
Lohnabzugsverfahren
Einführung der Witwenrente für geschiedene Frauen
- 1945 Kapitulation und Zusammenbruch des Deutschen Reiches
Die Landesversicherungsanstalten arbeiten weiter und sichern die
Rentenzahlung. Sie übernehmen bis 1953 auch die Aufgaben der
Angestelltenversicherung
- 1947 In der sowjetischen Besatzungszone entsteht eine
Einheitsversicherung
für alle Zweige der Sozialversicherung unter Leitung und
Kontrolle des
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)
- 1948 Währungsreform. Die Währungsumstellung erfolgt im Verhältnis
1:10, nur
die Renten werden 1:1 umgestellt.

1949 Gründung der BRD und der DDR

- Gründung des Europarates
Anpassung der Leistungen auf Grund der Währungsreform,
unbedingte Witwenrente in der Arbeiterrentenversicherung
Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus
in der Sozialversicherung
Wiedergründung des Verbandes Deutscher
Rentenversicherungsträger (VDR)
- 1951 Wiederherstellung der Selbstverwaltung (mit Wirkung ab 1954)
- 1951/56 Rentenerhöhung durch Rentenzulagengesetz

	Grundbetragserhöhungsgesetz
	Mehrbetragsgesetz
	Sonderzulagengesetz
	Teuerungszulagengesetz
	Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch D, F, I und die Benelux-Staaten (B, NL, L)
1953	Regelung des Fremdreten- und Auslandsrentenrechts (Entschädigungsprinzip)
	Erste Sozialversicherungswahlen
	Wiedererrichtung einer eigenständigen Angestelltenversicherung (BfA)
1956	Einsatz des ersten Computers in der öffentlichen Verwaltung

1957/58 Rentenreform:

	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung der dynamischen Rentenformel - Rentenanpassung nach Bruttolöhnen (Erste Anpassung für 1959) - Angleichung des Rechts der Arbeiter- und der Angestelltenversicherung - Einführung der Versicherungspflicht von Wehrdienstleistenden - Neuregelung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (vorher Invalidität) - Übergang zum Abschnittsdeckungsverfahren
1957/58	Altershilfe für Landwirte
	Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EUROATOM)
1959	In-Kraft-Treten der Verordnungen (EWG) Nr. 3 und 4 zur Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit für die EWG-Mitglieder B, F, I, L, NL und D: <ul style="list-style-type: none"> - Gleichstellung im Bereich der sozialen Sicherheit - Berücksichtigung von Versicherungszeiten bei Rentenansprüchen - Ungekürzter Rentenexport
1960	Neuregelung des Fremdreten- und Auslandsrentenrechts (Eingliederungsprinzip statt Entschädigungsprinzip)
1961	Übertragung der Handwerkerversicherung von der AnV auf die ArV und Begrenzung der Dauer der Versicherungspflicht auf 18 Jahre ab 1962
1964	Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen ArV und AnV Beginn der Vergabe von Versicherungsnummern
1965	Individuelle Berücksichtigung beitragsloser Zeiten
1967	Einsparungsmaßnahmen in Folge der Rezession Einbeziehung von Angestellten mit Entgelten über der Jahresarbeitsverdienstgrenze ab 1968

	Schaffung der Europäischen Gemeinschaft (EG) durch Zusammenlegung der Organe der drei Teilgemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM
	Verwirklichung der Zollunion zwischen den EG-Mitgliedsstaaten, Einführung eines gemeinsamen Außenzolls
1968/69	Einführung des reinen Umlageverfahrens mit einer Rücklage von anfangs drei Monatsausgaben Finanzverbund zwischen den Versicherungsträgern
1969	Errichtung der Bundesknappschaft durch Zusammenschluss der Bezirksknappschaften
1971	Neuordnung der Regelung über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung

1972 Rentenreform:

- Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für alle Bürger
(Versicherungspflicht auf Antrag, freiwillige Versicherung,
großzügige Nachzahlungsmöglichkeiten)
- Einführung der Altersrente für langjährig Versicherte (ab dem 63.
Lebensjahr)
- Einführung der Altersrenten an Schwerbehinderte und an Berufs-
und Erwerbsunfähige ab dem 62. Lebensjahr
- Einführung der Regelung der Rente nach Mindesteinkommen

Einführung der Datenerfassung und Datenübermittlung
(DEVO/DÜVO)

Rentenanpassung um 6 Monate vorgezogen

Gründung des Europäischen Währungsverbundes

In-Kraft-Treten der Verordnungen (EG) Nr. 1408/71 und 574/72 zur
Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf
Wanderarbeitnehmer, Selbstständige und deren
Familienangehörige

1973	Einführung des Sozialversicherungsnachweisheftes Beschränkung des Hinzuverdienstes beim Bezug von flexiblem Altersruhegeld Erste Erweiterung der EG um Großbritannien, Irland und Dänemark (Norderweiterung) Erste Ölkrise
1974	Rehabilitationsangleichungsgesetz
1975	Einführung der Versicherungspflicht für Behinderte Einrichtung der Datenstelle der Rentenversicherungsträger
1976	Einführung der ersten Stufe des Sozialgesetzbuches (SGB)
1977	Versorgungsausgleich bei Ehescheidung (Rentensplitting bei Scheidung ab dem 01.07.1977)

1977/78 20. Rentenanpassungsgesetz:

- Rücknahme der vorgezogenen Rentenanpassungen

- Reduzierung der Mindestrücklage auf eine Monatsausgabe
- Festschreibung der Höhe des Kinderzuschusses
- Einschränkungen bei Heilverfahren

1978 Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (SGB IV)

1978 21. Rentenanpassungsgesetz:

- Vorübergehende Abkoppelung der allgemeinen Bemessungsgrundlage von der Bruttolohnentwicklung und vorgegebene Rentenanpassungssätze für 1979, 1980 und 1981
- Individuelle Beiträge zur KVdR ab 1982

Ablösung des Europäischen Währungsverbundes durch das Europäische Währungssystem (EWS): Einführung des ECU

1979 Erste Direktwahl des Europäischen Parlaments
Zweite Ölkrise

1980 Modifizierung Datenerfassung und Datenübermittlung
Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung zu
Verwaltungsverfahren und Datenschutz im Sozialgesetzbuch
(SGB X)

1981/86 Reduzierung von Rentenversicherungsbeiträgen für Wehr- und
Zivildienstleistende

Einschränkungen bei Rehabilitationsleistungen
Einführung der Versicherungspflicht für selbstständige Künstler und
Publizisten in der Angestelltenversicherung ab 01.01.83

1981 Erweiterung der EG um Griechenland

1983 Haushaltsbegleitgesetz:

- Zeiten der Arbeitslosigkeit wieder als Ausfallzeit
- Erneute Senkung der Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende
- Verschiebung der Rentenanpassung vom 01.01 auf 01.07.
- Kürzung der pauschalen Zahlungen an die Krankenversicherung
- Einführung einer Selbstbeteiligung bei medizinischen Reha-Leistungen

1983/84 Schrittweises Abschmelzen des Beitragszuschusses zur
Krankenversicherung der Rentner
Erleichterte Beitragsrückerstattung für Ausländer
(Rückkehrförderungs-Gesetz)

1984

Haushaltsbegleitgesetz:

- Herabsetzung der Wartezeit für Altersruhegeld (ab dem 65. Lebensjahr) von 15 auf 5 Jahre
- Erschwerung der Anspruchsvoraussetzungen für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (nunmehr drei Jahre Pflichtbeiträge in den vergangenen fünf Jahren)
- Ersatz des Kinderzuschusses durch Kindergeld
- Änderung der Witwenrentenabfindung (zweifacher statt fünffacher Jahresbetrag)
- Neuregelung der Beitragsbemessung für einmalige Entgeltzahlungen
- Volle Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht
- Aktualisierung der Rentenanpassung (entsprechend dem Lohnanstieg im jeweiligen Vorjahr)

1984

Tbc-Erkrankungen aus dem Leistungskatalog der RV gestrichen
Sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Empfängern von Vorruhestandsgeld

1985/86

Gleichstellung von Männern und Frauen bei den Hinterbliebenenrenten:

- Einkommensanrechnung mit Freibetragsregelung
- Einführung von Kindererziehungszeiten (ein Jahr mit 0,75 EGPT, begrenzt additiv)
- Kindererziehungsleistungen schrittweise bis 1990 für vor 1921 geborene Mütter

1986

Erhöhung des Bundeszuschusses
Neuregelung der Beiträge zur KVdR
VDR-Gutachten zur Rentenreform
In-Kraft-Treten der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA) mit der Verankerung des Zieles eines wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts
(Art 130 a bis e EWG-Vertrag)
Erweiterung der EG um Spanien und Portugal (Süderweiterung)

1987

Prognos-Gutachten '87 „Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Bevölkerung“

1988

Gesundheits-Reformgesetz (SGB V)

1989

Verabschiedung des Gesetzes zur Rentenreform '92 (RRG '92)

1990

Deutsche Vereinigung (3. Oktober)

Rentenbestandsumstellung im Beitrittsgebiet von M auf DM,
Anpassung an Entgeltentwicklung in Folgejahren
Einführung eines Sozialversicherungsausweises

1991 Vereinbarung des „Vertrages über die Europäische Union“ in Maastricht mit institutionellen Reformen, der Einführung einer Europäischen Währung spätestens 1999 sowie neue Aufgabenzuweisung an die EU

1992 In-Kraft-Treten wichtiger Elemente des RRG '92:

- Neuordnung der beitragslosen Zeiten
- Rentenanpassung gemäß Nettolohnentwicklung
- Verlängerung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf drei Jahre für Geburten nach 1991
- Kopplung des Bundeszuschusses an die Beitragssatzentwicklung
- Stufenweise Anhebung der Altersgrenzen ab 2001
- Einführung versicherungsmathematischer Abschläge
- Neuregelung des Fremdrentenrechtes

1994 Umwertung der Renten in den neuen Bundesländern (1. Jan.)
In-Kraft-Treten des Europäischen Binnenmarktes
Organisationsgutachten im Auftrag der GRV

1994 Errichtung des Europäischen Währungsinstitutes in Frankfurt am Main
Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit SF, N, S, A und IS und damit Erweiterung des Geltungsbereiches der EG-Verordnungen über soziale Sicherheit

Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung
Beiträge ab 01.01.; Leistungsbeginn ab 01.04.

Prognos-Gutachten '95 „Perspektiven der gesetzlichen RV für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen“
Stufenweiser Übergang der Beitragsüberwachung zur RV (3. SGB-ÄndG) in den Jahren 1996-98
Erweiterung der EU um A, S und SF
Lichtenstein tritt dem EWR bei

1996 Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand, Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) und Beitragsentlastungsgesetz (BeitrEntlG):

- Anhebung der Altersgrenzen bei Arbeitslosen vorgezogen
- Einsparungen bei Ausbildungszeiten bzw. bei der Bewertung der ersten Berufsjahre
- Einsparungen bei FRG-Renten
- Änderungen der Beitragsfälligkeit (im Wesentlichen für die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes)
- Einsparungen im Bereich Rehabilitation (Deckelung)

- Wegfall des Studentenprivilegs bei der Versicherungspflicht zur RV

1996 Rentenkommission des BMA (Blüm-Kommission)

1997 Rentenreformgesetz (RRG '99):

- Einbau eines demographischen Faktors in Rentenanpassungsformel
- Neuordnung der Erwerbsminderungsrenten
- Zusätzlicher Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen
- Höhere Bewertung und additive Anrechnung der Kindererziehungszeiten

1997 Erweiterung des Maastricht-Vertrages um ein Beschäftigungskapitel und den Stabilitätspakt
Großbritannien tritt dem EU-Sozialabkommen bei
Neuregelung Arbeitsförderung im SGB III
Sozialversicherungsrechtliche Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen

1998 Verhinderung des RV-Beitragssatzanstiegs auf 21 % durch eine Erhöhung der MwSt. (von 15 % auf 16 % ab dem 01.04.)
Prognos-Gutachten '98 „Auswirkungen veränderter ökonomischer rechtlicher Rahmenbedingungen auf die GRV in Deutschland“
Europäische Zentralbank ab 01.07. in Frankfurt am Main
Neuregelung Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung (DEÜV)

1999 Rentenkorrekturgesetz:

- Rücknahme des Demographischen Faktors
- Aussetzung der Neuordnung der Erwerbsminderungsrenten für 2000
- Zahlung von Beiträgen des Bundes für die Kindererziehung ab Juni 1999
- Erstattung von Aufwendungen für einigungsbedingte Leistungen ohne Anrechnung auf den zusätzlichen Bundeszuschuss; Kürzung des regulären Bundeszuschusses
- Erleichterte Erfassung scheinselfständiger Arbeitnehmer in der Sozialversicherung; Einbeziehung arbeitnehmerähnlicher Selbständiger in die gesetzliche Rentenversicherung
- Rücknahme der Anrechnung der gesetzlichen Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Reha-Leistungen sowie der Urlaubsanrechnung bei stationärer Rehabilitation
- Reduzierter RV-Beitragssatz ab 01.04.1999

1999 Beginn der Europäischen Währungsunion mit elf Teilnehmerländern (B, D, SF, F, I, IRL, L, NL, A, P, E)

**1999 Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen
Beschäftigungsverhältnisse**

- Einführung einer Beitragspflicht bei regelmäßiger geringfügiger Beschäftigung
- Festschreibung der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung auf 630,-DM monatlich

1999 Haushaltssanierungsgesetz

- Reduzierung der Rentenanpassungen 2000 und 2001 auf Inflationsrate
- Beteiligung der RV an Ökosteueraufkommen bei weiterer Kürzung des regulären und des zusätzlichen Bundeszuschusses
- Niedrigere Bemessung von Beiträgen für Arbeitslosenhilfeempfänger und Wehr- und Zivildienstleistende
- Festlegung des Beitragssatzes ab 01.01.2000 auf 19,3 %

1999 Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit

- Erleichterte Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit sowie Eingrenzung des Personenkreises der rentenversicherungspflichtigen Selbständigen rückwirkend zum 01.01.1999

2000 EU-Gipfel von Nizza

Ergänzung des EU-Vertrags und die Forderung einer harmonisierten Sozialpolitik

**2000 Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter
Erwerbsfähigkeit**

- Fortfall der BU-Renten, allerdings übergangsweise Beibehaltung des Berufsschutzes für Jahrgänge 1960 und älter
- Ablösung der BU/EU-Renten durch zweistufige Erwerbsminderungsrente
- Beibehaltung der Renten wegen verschlossenem Arbeitsmarkt
- Grundsätzliche Gewährung als Zeitrente
- Anhebung der Altersgrenze bei der Altersrente für Schwerbehinderte Menschen
- Einführung von Abschlägen und Verlängerung der Zurechnungszeit

2001 Altersvermögensergänzungsgesetz (AvmEG)

- Absenkung des Rentenniveaus durch neue modifizierte Rentenanpassung (ab 01.07.2001), zugleich Aussetzung der Inflationsanpassung für 2001
- Aufwertung der Kindererziehung (Höherbewertung bei Teilzeit, geringen Entgelten oder Erwerbsunterbrechung)
- Modifizierung der Einkommensanrechnung bei den Hinterbliebenenrenten
- Neue Witwen(r)rente mit Kinderkomponente
- Begrenzung des Anspruchs auf kleine Witwen(r)rente auf 2 Jahre sowie Witwen(r)rente regelmäßig erst nach 1 Jahr Ehe
- Rentenrechtliche Schließung von Beschäftigungslücken am Beginn der Erwerbskarriere
- Einführung des „Rentensplitting unter Ehegatten“

2001 Altersvermögensgesetz (AvmG)

- Aufbau einer geförderten kapitalgedeckten (freiwilligen) zusätzlichen Altersvorsorge
- Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung und weitere Änderungen im Betriebsrentenrecht
- Regelungen für die Anerkennung von Finanzdienstleistungsprodukten zur staatlichen Förderung (AltZertG)
- Verbesserter Auskunftsservice durch die gesetzliche Rentenversicherung
- Sicherung des Lebensunterhalts im Alter und bei Erwerbsminderung über bedarfsorientierte Grundsicherung ohne Rückgriff auf Kinder